

Einleitung

Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 durchlief die Europäische Union (EU) immer wieder Phasen der Anpassung, die die wirtschaftliche Integration innerhalb der Gemeinschaft vertieften und verbreiterten. Hemmnisse für den freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Kapital wurden abgebaut oder beseitigt und die Freizügigkeit für Personen eingeführt. Die Vergrößerung der Gemeinschaft seit den 1970er Jahren um nord- süd- und – nach dem Fall der Mauer – mittel- und osteuropäische Länder verlangte signifikante Änderungen gemeinschaftlicher Institutionen und Verfahren. Mit Einführung der gemeinsamen Währung Ende der 1990er Jahre wurde die Geldpolitik von der nationalen auf die Gemeinschaftsebene übertragen und die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung wurde verstärkt. Schließlich führte die 2008 einsetzende Finanz- und Schuldenkrise zur Einrichtung neuer gemeinschaftlicher Institutionen, Regeln und ökonomischer Überwachungsverfahren.

Insgesamt wurden während des wirtschaftlichen Integrationsprozesses der letzten Jahrzehnte die Aufgaben mit Regulierungszuständigkeiten auf der Ebene der EU stetig erweitert. Gemeinsamer Markt, gemeinsame Währung, finanzielle Programme der EU, Harmonisierungen nationaler Vorschriften und wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung sollen Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in der Europäischen Union steigern. Mehr noch: vertiefte wirtschafts- und währungspolitische Integration wurden häufig als Instrumente der Sicherung eines friedlich geeinten Europa politisch motiviert.

In der Tat vergrößert der Gemeinsame Markt das Wirtschaftspotenzial der EU-Mitglieder, und öffentliche Güter, die allen EU-Ländern zugute kommen, lassen sich am besten auf Gemeinschaftsebene bereitstellen, ebenso wie grenzüberschreitende externe Effekte dort zum Nutzen der Gemeinschaft am besten reguliert werden können. Regelungen und Aktivitäten der EU sind jedoch noch zu wenig auf Aufgabenbereiche konzentriert, in denen gemeinschaftliche Politik einen klaren Mehrwert gegenüber Entscheidungen auf Länderebene aufweisen. Wenn das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial in der EU angehoben und die Unterstützung der Öffentlichkeit für die europäische Integration dauerhaft gesichert werden sollen, so müssen EU-Aufgaben umorientiert werden, das Subsidiaritätsprinzip stärker zum Zuge kommen als in der Vergangenheit, und finanzielle Umverteilung über den EU-Haushalt muss an Effizienzgesichtspunkten und an Zielen orientiert werden, die Klientelpolitik minimieren.

Aktuelle Vorschläge zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration in der EU und im Eurogebiet setzen weitgehend auf zunehmende Vergemeinschaftung von Risiken und den Ausbau gemeinschaftlicher Transfers. Während Risikoteilung sinnvoll sein kann, laufen einige Vorschläge Gefahr, Anreize für eine nationale Politik regulatorischer Reformen zugunsten höherer ökonomischer Leistungsfähigkeit zu unterlaufen statt sie zu stärken. Ein zunehmend komplexes Geflecht an Bestimmungen und Transfers auf der Ebene der Gemeinschaft erhöht außerdem das Konfliktpotenzial zwischen den EU-Mitgliedsländern untereinander und mit EU-Institutionen.

Demgegenüber gibt es einen weiten Spielraum, die regulatorischen Rahmenbedingungen von EU und Eurogebiet in Richtung höherer Wirtschaftsdynamik und größerer Widerstandsfähigkeit der Ökonomie gegen negative Risiken zu verbessern. Dabei kommt der dezentralen Politik auf Länderebene eine wichtige Rolle zu – wobei der Zusammenhang zwischen Handlung und Haftung für deren Folgen erhalten bleiben muss. Dazu gehört auch, dass der EU-Regulierungsrahmen zur Sicherung einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten grundlegender Reform bedarf. Zu hinterfragen ist ferner der seit der Finanzkrise auf anhaltend hohe monetäre Expansion ausgerichtete geldpolitische Ansatz der Europäischen Zentralbank. Dessen Beitrag zur Erreichung von propagierten Inflationszielen war bescheiden, während er mit erheblichen negativen Risiken für das Wachstumspotenzial des Eurogebietes verbunden ist.

In welchem Umfang die Europäische Union auch in Zukunft ihre Rolle als Frieden- und Wohlstand schaffende Gemeinschaft spielen kann, hängt von vielen Einflüssen und Mechanismen ab, von denen sich wiederum viele außerhalb der Sphäre der Ökonomie befinden. Aber es ist klar, dass die ökonomische Verfassung ein Dreh- und Angelpunkt für die Funktionsfähigkeit der EU ist und weiter sein wird. Die Politik ist gefordert, für stimmige ökonomische Rahmenbedingungen zu sorgen.

Das Buch behandelt grundlegende ökonomische Zusammenhänge und Instrumente der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und diskutiert deren Wirkung und möglichen Reformbedarf. Nach einem kurzen Überblick über wichtige Stationen des ökonomischen Integrationsprozesses und institutioneller Merkmale der EU (Kapitel I) betrachten die folgenden Kapitel (II bis XI) Pfeiler und theoretische Grundlagen der wirtschaftlichen und währungspolitischen Integration sowie wesentliche Bestandteile der Ausgaben- und Kohäsionspolitik der EU. In Kapitel XII bis XV geht es um die in Reaktion auf die Finanzkrise eingerichtete Bankenunion und die Verminderung systemischer Risiken im Bankensektor, die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte, sowie um Vorschläge zur Einrichtung makroökonomischer Stabilisierungsmechanismen. Schließlich widmen sich die Kapitel XVI und XVII der Staatsverschuldung und der Sicherung einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik der EU-Länder, und die Kapitel XVIII und XIX der Geldpolitik.

Das Buch richtet sich an Studierende der Volkswirtschaftslehre und anderer Fachrichtungen, die sich mit Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion befassen, aber

darüber hinaus auch an einen breiteren Kreis von Lesern, die sich für die ökonomischen Zusammenhänge der europäischen Integration interessieren. Einen Teil des Inhalts habe ich in Vorlesungen zu ökonomischen Gesichtspunkten der europäischen Integration an den Universitäten Konstanz und Göttingen verwendet.

Ich bin vielen für anregende Diskussionen zu Dank verpflichtet, nicht zuletzt früheren Kollegen bei der OECD. Besonders erwähnen möchte ich ferner Günter Franke, Jürgen von Hagen, Paul Maeser und Sebastian Schich. Besonderer Dank geht ebenfalls an Uwe Fliegau vom Kohlhammer-Verlag für die hervorragende Betreuung des Projektes und an den Herausgeber der Buchreihe, Stefan Kooths. Irrtümer verbleiben in meiner Verantwortung.

Berlin, Juli 2019
Eckhard Wurzel